

POSTEINGANG

Zur Kolumne „Acht Jahre müssen reichen“ von Wolfgang Münchau, über die Krise um Stoiber, FTD vom 16. Januar

Amerika nicht nur Vorbild

Wolfgang Münchaus Lobpreisung amerikanischer Amtszeitbeschränkungen (Term Limits) hat einen Schönheitsfehler: Sie sind spezifisch für das Präsidentenamt, das Münchau herauspicks. Er übersieht aber, dass es Senatoren wie Strom Thurmond und Robert C. Byrd gab und gibt, die schon im Senat saßen, als ihre Mitsenatoren noch im Kindergarten oder gar nicht geboren waren. Term Limits für den Senat wurden mehrfach diskutiert, bisher vergeblich. Richter des amerikanischen Supreme Court werden gar auf Lebenszeit ernannt. Und auch in den Bundesstaaten werden Term Limits nur vereinzelt praktiziert.

Dr. Oliver Hauss, Dortmund

Zum Kommentar „Reine Zeitverschwendung“, FTD vom 15. Januar

Null Emissionen realistisch

Statt die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke zu diskutieren und zu behaupten, die Wege für Alternativen müssten erst aufgezeigt werden, sollte Bundeskanzlerin Angela Merkel sich für das klimapolitische Ziel „Null Emissionen“ einsetzen. Hier in Deutschland und in der EU. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz aus dem Jahr 2000 (EEG) hat seit seinem Inkrafttreten 18 000 Megawatt installierte Leistung erbracht, so viel wie sechs Atomkraftwerke. Ähnliches könnte zum Beispiel für die Einspeisung von Solarwärme auf den Weg gebracht werden, doch bisher fehlt der politische Wille. In Deutschland gibt es eine starke Industrie, die regenerative Energie herstellt, Bürger können ihren Atomausstieg selbst gestalten, indem sie zu einem Anbieter von erneuerbaren Energien wechseln. Die Bremser sitzen in der hohen Politik und in den Chefetagen der vier großen Stromkonzerne. Eine Nullemissionspolitik, deren erste Schritte jetzt auf den Weg gebracht werden, ist realistisch und überfällig.

Dr. Angelika Claussen, Berlin

Zum Bericht „Aufheller mit Schattenseiten“, FTD vom 10. Januar

Gefährliche Antidepressiva

Ich bin gespannt, wie lange die europäische Aufsichtsbehörde EMEA braucht, um die bisherigen Warnhinweise vor dem erhöhten Suizidrisiko durch „Stimmungsaufheller“ (SSRI-Antidepressiva) bei Kindern und Jugendlichen auch auf erwachsene Patienten auszuweiten – und

wann die Pharmahersteller ihre Beipackzettel entsprechend abändern. Hat man wirklich geglaubt, dass das (auch von der Aufsichtsbehörde bei unter 18-Jährigen statistisch nachgewiesene) Risiko nur bis zu einer Altersgrenze besteht und sich mit Erreichen der Volljährigkeit von selbst ins Gegenteil kehrt? Oder haben die Pharmahersteller nicht vielmehr versucht, ihren Markt so lang wie möglich zu sichern – wider besseres Wissen um die Risiken? Warum steht die wichtige Information, dass gerade zu Beginn einer Therapie mit Antidepressiva die Patienten genau beobachtet werden müssen, da dann die Suizidgefahr am größten ist, nicht in der Fachinformation und im Beipackzettel? Häufig verschreiben die Ärzte diese Mittel recht leichtfertig.

Auch wenn einige Experten befürchten, dass bei schärferen Warnhinweisen viele Patienten abgeschreckt werden, so sollte die letzte Entscheidung doch der mündige und informierte Patient selbst treffen dürfen. Vor allem aber wären bei entsprechenden Packungshinweisen die Angehörigen gewarnt und könnten im Notfall den Arzt informieren, wenn sich der Zustand des Patienten verschlechtert. Dass die Risiken über viele Jahre gelehrt wurden und die Aufsicht versagt hat, ist der größte Pharmaskandal seit Contergan und wird auch in Europa strafrechtliche Folgen haben müssen. Die Gesetze, um das Verschweigen von Risiken hart zu bestrafen, gibt es.

Dr. Lothar Schröder, Köln

Zur Kolumne „Tu was“ von Christine Demmer über Controlling, enable vom 10. Januar

Steuerberater keine Controller

Dass man für ein Controlling einen Steuerberater benötigt, ist etwas daneben. Wenn jemand für Controlling ungeeignet ist, dann der Steuerberater. Diese auf die rückwärts orientierte Analyse und abschließlich der Steuervermeidung verpflichteten Spezialisten sind von ihrem Berufsbild her untauglich für ein betriebswirtschaftliches Controlling zum Beispiel im Sinne eines Ratings. Klar ist, dass Steuerberater sehr gern Controller wären.

G. Heidenreich, Celle

LESERBRIEFE

Die abgedruckten Leserbriefe geben ausschließlich die Meinung der Einsender wieder. Zuschriften ohne vollständige Angabe des Absenders werden nicht veröffentlicht. Wir behalten uns das Recht auf Kürzungen vor. Bitte nutzen Sie folgende Adressen: leserbriefe@ftd.de; per Fax: 040/31990-337 oder per Post: Brieffach 02, 20444 Hamburg, Kennwort: Leserbriefe

ZITAT DES TAGES

„Man steht immer noch in der Gefahr, dass ein Verfassungsgericht das anders beurteilt“

Andreas Schmidt, Vorsitzender des Rechtsausschusses des Bundestags, zur Einschätzung der Koalition, die Gesundheitsreform sei verfassungsgemäß

IMPRESSUM

Die Financial Times Deutschland ist überregionales Pflichtblatt aller acht deutschen Wertpapierbörsen

Chefredakteur: Steffen Klusmann
Stellvertretende Chefredakteure: Ulf Schlüter, Stefan Weigel

Geschäftsführende Redakteurin: Isabella Arnold
Chefin vom Dienst: Cosima Jäckel
Art Director: Nils Werner
Bildchef: Peter Raffelt
Infografikchef: Andreas Mohrmann

Nachrichtenchef: Sven Clausen

Ressort Unternehmen: Guido Warlimont (verantwortl.), Jörn Paterak (Stv.); Matthias Lambrecht (IT und Medien), Claus Gorgs (Industrie und Dienstleistungen)
Ressort Politik: Andreas Theysen (verantwortl.), René Gribnitz (Stv.), Peter Ehrlich (Chefredakteur); Ulrike Sossalla (Deutsche Politik), Olaf Gersmann (Ausland); Wolfgang Proissl (Europapolitik)
Ressort Finanzen: Tim Bartz, Ina Lockhart (verantwortl.); Mark Schieritz (Märkte), Jörg Berens (Das Kapital)
Ressort Agenda und Weekend: Dr. Nikolaus Förster (verantwortl.), Christian Baulig (Stv.), Tillmann Prüfer (Stv.); Christian Schüttele (Kommentar)
Ressort Electronic Media: Dr. Anton Notz (verantwortl.)

Chefökonom: Thomas Fricke
Kolumnist: Lucas Zeise
Beilagen: Volker Bormann
Lektorat: Astrid Froese

Übersetzungen: Matthias Schulz

Verantwortliche Redakteure im Sinne des Presserechts sind die als solche genannten Redakteure für ihren Bereich, im Übrigen die Chefredaktion. Sitz des Ressorts Politik ist Berlin, des Ressorts Finanzen Frankfurt am Main, im Übrigen Hamburg.

Verlag: Financial Times Deutschland GmbH & Co KG
Geschäftsführer: Christoph Rühl, Dr. Christoph Weger
Anzeigenleiter: Mario Suchert (verantwortl.)
Verlagsleiterin Editionen: Julia Erben
Leiterin Marketing: Tanja Madsen
Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: Susanne Petersen

Vertrieb: DPV Deutscher Pressevertrieb, Leitung: Arne Stück, Düsternstr. 1-3, 20355 Hamburg

Abobestellung: FTD-Kundenservice, Postfach 80 80, 37568 Einbeck, Tel.: (+49) 1802/81 82 83*, Mo. bis Fr. 7 bis 20 Uhr, Fax: (+49) 1802/81 82 84*
* € 0,06 pro Anruf bzw. Fax aus dem deutschen Festnetz; www.ftd.de/abo, E-Mail: abo@ftd.de

Abopreise: Inland (inkl. MwSt.): € 35 pro Monat, € 403,20 pro Jahr, 35 Stunden, Wehrpflichtige und Zivildienstleistende gegen Vorlage einer

Beschneigung: € 17,50 pro Monat, € 201,60 pro Jahr. Die FTD erscheint bösartig montags bis freitags.

Anzeigenabteilung: Tel.: 040/319 90-278, Fax: -214
E-Mail: media@ftd.de
Anzeigen-/Druckerlagenschluss ein Werktag vor Erscheinen, 9 Uhr

Nachdruckrechte/Syndication: Tel.: (+49)-40-319 90-631

Verlag und Redaktion Hamburg: Stubbenhuk 3, 20459 Hamburg
Tel.: 040/319 90-0, Fax: -310
Redaktion Frankfurt: Nibelungenplatz 3, 60318 Frankfurt am Main
Tel.: 069/15 30 97-0, Fax: -50
Redaktion Berlin: Friedrichstraße 60, 10117 Berlin
Tel.: 030/220 74-0, Fax: -150

Leserservice: 040/31990-550, wochentl. 10-13/14-17 Uhr, leberservice@ftd.de

www.ftd.de ISSN 1615-4118

Druck: Presse-Druck- und Verlags-GmbH, 86167 Augsburg; Mannheimer Morgen Großdruckerei und Verlag GmbH, 68167 Mannheim; Druck- und Verlagszentrum GmbH & Co. KG, 58099 Hagen; BZV Berliner Zeitungsdruck GmbH, 10365 Berlin

A B H M

Auch du, Guido?

Die Unternehmen verlieren ihre Glaubwürdigkeit in der Gesellschaft. Auch die beste PR-Strategie wird daran nichts ändern. Die Manager müssen zeigen, dass sie sich für das Gemeinwesen einsetzen **VON THORSTEN BENNER**

Wenn der FDP-Parteichef der Wirtschaft vorwirft, ihrer „Verantwortung für den inneren Zusammenhalt unseres Landes“ nicht nachzukommen und sie der „Verleumdung der sozialen Marktwirtschaft“ zeugt, muss dem letzten Manager klar sein, was die Stunde geschlagen hat. Zwischen den erweckungsbewegten Guido Westerwelle und den DGB-Chef Michael Sommer, für den Global Player wie Deutsche Bank und Allianz „vaterlandslose Gesellen“ sind, passt kaum mehr ein Blatt Papier.

Alarmierend sollte für die Managerkaste sein, dass die gewieften Populisten einer breiten Mehrheit der Bevölkerung aus dem Herzen sprechen. Laut einer aktuellen Emnid-Umfrage sind 77 Prozent überzeugt, dass es den Wirtschaftsführern vor allem um die Steigerung des Aktienkurses auf Kosten der Mitarbeiter gehe. Nur knapp 13 Prozent glauben, es gehe auch um das Gemeinwohl. Zunehmend sehen sich somit insbesondere global operierende deutsche Unternehmen am Pranger; eine unbequeme Position gerade für die, für die der Heimatmarkt noch zählt.

Viele große Unternehmen hoffen, mit dem richtigem PR-Spin ihre Glaubwürdigkeit zurückzuerobieren. So investieren sie in Maßnahmen, die den gesellschaftlichen Wohlfühlfaktor erhöhen sollen. Deutsche Bank und Allianz etwa als Partner der PR-Initiative „Deutschland – Land der Ideen“.

Die Attacke von Guido Westerwelle zum FDP-Dreikönigstreffen macht deutlich, dass die Unternehmen sich damit mitnichten aus

der Defensive befreit haben. Ursache des Scheiterns ist dabei die Fehldiagnose des Problems: Die grundlegende Herausforderung ist eine politische, auf die reine Öffentlichkeitsarbeit keine Antwort bieten kann.

Die Kritik an den Unternehmen ist Teil einer breiten Abwehrfront gegen wirtschaftliche Öffnung nach außen und Ökonomisierung nach innen. Die Akzeptanz der real existierenden sozialen Marktwirtschaft und der Führungselite in Wirtschaft und Politik ist sich im stetigen Sinkflug.

Die Gegenbewegung wird vor allem von denen vorangetrieben, die sich im vom „Spiegel“ propagierten „Weltkrieg um Wohlstand“ auf der Verliererseite sehen, weil die Unsicherheit zunimmt.

Global agierende Unternehmen gelten als Speerspitze des Wandels. Wenn sie Arbeitsplätze abbauen, um nach eigener Argumentation die Rentabilität und damit die Überlebensfähigkeit des Standorts Deutschland zu sichern, stoßen sie bei den Mitarbeitern und gesamtgesellschaftlich auf ein fundamentales Glaubwürdigkeitsproblem.

Ihren Argumenten fehlt nicht nur deshalb Überzeugungskraft, weil sie oft in der kalten Managementsprache der Kosteneffizienz und Sachzwänge vorgetragen werden. Der Kern liegt tiefer: Den Managern wird die Sorge um das Gemeinwesen abgesprochen. Die Unternehmen, so ein weitverbreitetes Gefühl, haben einseitig den

Gesellschaftsvertrag aufgekündigt. Das Management fordert Verzicht von der Belegschaft, lebt aber selbst in Saus und Braus. Hinzu kommt: Der mobile Manager von heute, so die Wahrnehmung, kann jederzeit die Exit-Option wählen und das Gemeinwesen Deutschland verlassen; Arbeiter und Angestellte haben diese Mobilität nicht.

Die Antwort der Unternehmen muss eine politisch-gesellschaftliche sein. Unternehmen gewinnen dann ihre Glaubwürdigkeit zurück, wenn sie in den Augen der Mehrheit der Gesellschaft aktiv daran mitarbeiten, Deutschland in der Spitze und in der Breite wettbewerbsfähig zu machen für die Globalisierung und gleichzeitig den unvermeidlichen Verlierern dieses Prozesses eine sinnvolle Teilhabe zu ermöglichen.

Wenn dies klar ist, dann können Unternehmensführer auch vermitteln, dass sie auch eine Verantwortung gegenüber ausländischen Produktionsstandorten haben.

Dies alles steht, wie es beispielsweise die Bertelsmann Stiftung immer wieder betont, eine gute Unternehmenskultur und verantwortungsbewusste Führung voraus. Die Spitze muss mit gutem Beispiel vorangehen: ambitioniert und motivierend, gleichzeitig mit Augenmaß, Bescheidenheit und ohne Raffgier.

Nach außen ist eine richtig verstandene Corporate Social Responsibility (CSR) Teil der politisch-gesellschaftlichen Antwort

auf den Glaubwürdigkeitsverlust. CSR muss allerdings mehr heißen als mit PR-Agenturen abgestimmte Wohlfühlpakete. Es geht dabei um konkrete Initiativen beispielsweise für Integration und Bildung. Wohlverstandene gesellschaftliche Verantwortung heißt auch, Risikokapital in soziale Unternehmer und andere Initiativen zu investieren, die innovative Strategien für wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Probleme entwickeln und so die öffentliche Diskussion in Deutschland zu einem wirklichen „Marktplatz der Ideen“ machen. Diese Debatte kann sehr von den Perspektiven und Erfahrungen global agierender Unternehmer profitieren. Dies wäre ein wahrer Beitrag dazu, das Versprechen des „Landes der Ideen“ in die Tat umzusetzen.

All dies fällt familiengeführten Unternehmen sicherlich leichter, ist aber auch für große, börsennotierte Konzerne zu leisten. Gute Kommunikation ist natürlich auch gefragt, als Mittel zum Zweck.

Ziel muss es sein, dass Unternehmer und Manager verantwortliche Führung ausüben. Das heißt auch, dass sie unbequeme Forderungen aussprechen und Unternehmen wie Gesellschaft mit den erforderlichen Gestaltungs- und Anpassungsleistungen konfrontieren. Und dass sie dabei glaubwürdig sind und gehört werden, weil die Sorge um den unternehmerischen Erfolg und das Gemeinwesen Antrieb aller Bemühungen ist.

THORSTEN BENNER ist stellvertretender Direktor des Global Public Policy Institute (GPPi) in Berlin.

Das Ende der Bayern AG

Erst Siemens, jetzt Stoiber: Die bayerischen Machtzentren sind in der Krise – das hat bundesweite Folgen



PETER EHRLICH

Edmund Stoiber hatte in diesen Tagen keine Zeit für Kino. Er spielt lieber selbst die Hauptfigur in einem bayerischen Drama, das im Rest der Republik als schlecht gepielte Posse empfunden wird. Im Film „Die Queen“ hätte Stoiber lernen können, wie eine Welle öffentlicher Erregung eine 50 Jahre lang zu kalter Zurückhaltung erzogene Königin zwingt, öffentlich Gefühle zu zeigen und so die Institution Königshaus selbst zu verändern. Hätte Elizabeth II. dem Volkswillen nach dem Tod von Prinzessin Diana 1997 nicht nachgegeben, hätte sie nicht öffentlich Trauer bekundet, so die von Stephen Frears verfilmte Geschichte, wäre die Monarchie ernsthaft gefährdet gewesen.

Die Queen reagierte noch rechtzeitig, was Stoiber nicht gegeben ist. Er klammert sich an sein Amt und die Hoffnung, noch einmal die Partei hinter sich zu bringen. Stoiber hat sich in der Nacht zu Mittwoch zwar vorerst gerettet, weil er es nicht mit einem organisierten Putsch zu tun hatte, sondern mit einer tiefen Entfremdung zwischen ihm und der Parteibasis. Aber keine Partei hält auf Dauer durch, dass ihre wichtigsten Repräsentanten mit Ausnahme der von Stoiber direkt Abhängigen einen Rücktritt des Vorsitzenden und Ministerpräsidenten herbeisehen. Die auf Führungskrisen abonnierte SPD war zuletzt 1995 vor dem Sturz Rudolf Scharpings vom Parteivorsitz in einer derart selbstzerstörerischen Stimmung.

Korruption und Intrigen

Egal, ob sich das Drama jetzt um weitere Akte verlängert oder doch noch schnell endet: Die Krise der CSU markiert das Ende eines bayerischen Sonderwegs. Seit den 60er-Jahren regiert die CSU allein, mit überwältigender Mehrheit, eng verbandelt mit den anderen Institutionen des Landes von der katholischen Kirche bis hin zu den großen Konzernen. Wenn früher ein wirtschaftliches Problem zu besprechen war, regelten das etwa Staatskanzlei und Siemens auf dem kleinen Dienstweg.

Nach der Deutschland AG zerbricht nun auch diese Bayern AG – vielmehr ist sie längst zerbrochen. Nicht nur den direkten Draht zwischen

Siemens und der Staatskanzlei gibt es nicht mehr, seit Leute wie der Vorstandschef Klaus Kleinfeld an globale Märkte statt an heimatische Wurzeln denken.

Zwei Münchner Bastionen bundesweiter Macht sind also fast zeitgleich in die Krise geraten. Auf Stoibers von schweren Metalltüren gesicherter Staatskanzlei lastet der Verdacht, die Macht mit schmutzigen Intrigen retten zu wollen. In der Siemens-Zentrale im Palais Ludwig Ferdinand am Wittelsbacher Platz wird bis in die Chefetagen hinein wegen Korruption ermittelt. Die Rolle des heutigen Aufsichtsratschefs Heinrich von Pierer wird ebenso in Frage gestellt wie die Edmund Stoibers in der Politik.

Bayern hat zwar als erstes Bundesland wieder einen ausgeglichenen Haushalt, die zweitniedrigste Arbeitslosigkeit und gute Wachstumszahlen. Das Prinzip Laptop und Lederhose, die Marke Bayern strahlt noch im Tourismus und auch bei Wissenschaft und Forschung. Aber Wirtschaft, Gesellschaft und Politik richten sich

der Macht. Auch gesellschaftlich tickt Bayern nicht mehr grundlegend anders als der Rest der Republik. Die Scheidungsrate dürfte kaum niedriger sein als im Durchschnitt, Familie heißt auch im Süden längst nicht mehr automatisch Ehe und drei Kinder. So sehr die Veröffentlichungen über Landwirtschaftsminister Horst Seehofer und seine schwangere Berliner Freundin das allgemeine Klatschbedürfnis befriedigen, so unklar ist doch ihre Wirkung. Wenn Seehofer seine privaten Verhältnisse geklärt hat, ist er politisch vermutlich wieder handlungsfähig.

Heimliche Freude im Norden

In der CSU empfanden viele die Boulevardkampagne gegen Seehofer auf dem Höhepunkt der Stoiber-Krise als Skandal, der schlimmer ist als Seehofers Affäre selbst. Ein Seitensprung oder eine neue Liebe sind auch in Bayern kein Ausschlussgrund mehr für politische Ämter.

In den östlichen und nördlichen Bundesländern werden viele Menschen eine kammheimliche Freude empfinden, wenn die Bayern im Zuge der aktuellen Krise mit 17 Jahren Verspätung begreifen, dass ihr Land im vereinten Deutschland und in einer gewachsenen EU nicht mehr so wichtig ist wie zu Zeiten eines Franz Josef Strauß. In der Schwesterpartei CDU dagegen sind die Gefühle ambivalent. Zwar haben viele enge Vertraute der Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzenden Angela Merkel Stoiber schon seit 2005 nicht mehr so recht ernst genommen. Stoibers Auftritte als Dr. Seltmann der Koalition haben CDU und SPD zwar Zeit und Nerven gekostet, waren aber letztlich doch „Geplänkel“, um mit Merkel zu sprechen. Man wird sie auch noch weitere Monate ertragen können.

Schwerer wiegt, dass die Union nur durch ihre Mehrheiten in Bayern und Baden-Württemberg bundespolitisch einen kleinen strukturellen Vorteil gegenüber der SPD hat. Dass aber selbst dort nicht mehr automatisch Mehrheiten gesichert werden, hat die Union schon bei der Bundestagswahl 2005 erfahren, als aus Bayern im Vergleich zu 2002 Hunderttausende Stimmen fehlten.

Merkel muss die nächste Bundestagswahl allein gewinnen, die CSU-Wähler quasi zu CDU-Wählern machen. Stoiber wird 2009 keine Rolle mehr spielen. Wieder vergeht ein Stück der alten Bonner Bundesrepublik.

E-MAIL Ehrlich.Peter@ftd.de

PETER EHRLICH ist Chefredakteur der FTD. Er schreibt jeden zweiten Donnerstag an dieser Stelle.